

Antrag
der Fraktion DIE LINKE.

Börsenumsatzsteuer einführen - Spitzensteuersatz erhöhen

Der Bundestag wolle beschließen:

Ausmaß und Tiefe der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise verlangen entschiedene Schritte zu ihrer Bekämpfung. Die Krise ist kein Betriebsunfall, sie ist mehr als ein normaler Konjunkturreinbruch. Sie ist das Ergebnis einer Ideologie, bei der maximaler Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht. Das marktradikale Zeitalter ist gescheitert.

Die Jagd nach immer höheren Renditen, die Kurzfristorientierung in Teilen der Wirtschaft, die Maßlosigkeit bei der persönlichen Vergütung ist lange Jahre als normal erklärt worden. Der Gier sollten keine Grenzen gesetzt werden. Der Marktradikalismus hat dieses Unwesen zur Grundbedingung des Wirtschaftens erklärt. Jeder Versuch, Regeln, Transparenz und Kontrolle durchzusetzen, wurde als falsche Einmischung in das freie Spiel der Kräfte denunziert.

Märkte brauchen Regeln und eine politische, kulturelle und soziale Einbettung. Wenn dies verloren geht, gibt es schwere Verwerfungen: Pleiten, Arbeitslosigkeit, Armut und Angst.

Um wichtige Investitionen vor allem in Bildung, Familien, Forschung, Infrastruktur, Kultur oder Sicherheit zu ermöglichen, ist der Staat auf solide und stabile Einnahmen angewiesen. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Denn sie können mehr tragen als schwache.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, mit dem die folgenden steuerpolitischen Maßnahmen auf den Weg gebracht werden:

- Anhebung des Spitzensteuersatzes als „Bildungssoli“ auf 47 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro)
- Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen Einführung einer Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer in Höhe von 0,5 Prozent (Normalsatz) bis 1,5 Prozent (Sonderfälle) des Kurswertes auf börsliche Wertpapiergeschäfte ab einem Umsatz von 1.000 Euro. Zusätzlich soll sich Deutschland dafür einsetzen, dass eine solche Steuer europaweit eingeführt wird.

Berlin, den 6.Mai 2009

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion